«Wünsche mir, dass die Bürger auch unpopuläre Reformen mittragen»

2010 wird das Jahr der Reformen: S. D. Erbprinz Alois im traditionellen «Volksblatt»-Neujahrs-Interview

FOTOS MICHAEL ZANGHELLINI

«Für mich als optimistischer Mensch bleibt 2009 ein Jahr der Herausforderungen»: Erbprinz Alois im Interview mit Michael Benvenuti (Leiter Politik) und «Volksblatt»-Chefredaktor Heinz Zöchbauer.

SCHAAN – Ende des Giesskannenprinzips bei den Sozialsystemen, weitere Steuerinformationsabkommen, Umsetzen der Steuer- und Bildungsreform: Erbprinz Alois sieht für Liechtenstein für 2010 noch einigen Handlungsbedarf.

• Michael Benvenuti / Heinz Zöchbauer

«Volksblatt»: Wirtschafts- und Finanzkrise, gewaltige Einbrüche bei den Staatseinnahmen, massive Umsatzeinbussen bei heimischen Unternehmen, und der doch von einigen Misstönen begleitete Paradigmenwechsel in Sachen Steuerinformationspolitik: Durchlaucht, bleibt Ihnen 2009 als Jahr der Krise oder als Jahr der Herausforderung in Erinnerung?

Erbprinz Alois: Für mich als einen optimistischen Menschen bleibt das Jahr 2009 ein Jahr der Herausforderungen. Die prägendsten Ereignisse waren für mich die Liechtenstein-Deklaration vom 12. März, der Abschluss der Abkommen mit Deutschland und Grossbritannien, der Wechsel von der grauen auf die weisse Liste der OECD und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Tschechien und der Slowakei.

Am 11. November verschwand Liechtenstein offiziell von der Liste der geächteten Steueroasen. Welche Auswirkungen wird die weisse OECD-Liste auf den heimischen Finanz- und Wirtschaftsplatz haben?

Der Wechsel auf die weisse Liste erhöht die Reputation des Finanz- und Wirtschaftsplatzes Liechtenstein. Dies hat zur Folge, dass Unternehmen, die unter der negativen Reputation bezüglich des Steuerinformationsaustausches gelitten haben, jetzt leichter im Ausland auftreten können. Dazu gehören die Industrieunternehmen, die Versicherungen, die Anlage- und Pensionsfonds, aber auch jene Treuhänder und Banken, die schon länger ihre Geschäftsmodelle auf das Zeitalter des Steuerinformationsaustausches hin umgestellt haben.

Ist Liechtenstein nun vor weiteren internationalen Repressalien gefeit?

Wenn wir die geschlossenen Abkommen nun auch konsequent umsetzen, können wir Liechtenstein aus der Schusslinie nehmen. Dann können wir auch erreichen, dass die Benachteiligungen von liechtensteinischen Unternehmen in etlichen Staaten beseitigt werden. Um langfristig stabile Verhältnisse zu schaffen, müssen wir aber mehr Abkommen abschliessen, die – ähnlich jenem mit Grossbritannien – sämtliche Probleme der Steuerhinterziehung nachhaltig lösen.

2010 wird für unsere Wirtschaft das schwierigere Jahr als 2009

Einige Experten sehen die Talsohle bereits erreicht, andere prognostizieren, dass uns die Krise 2010 mit voller Wucht erreichen wird. Zu welcher Expertengruppe zählen Sie sich?

Ich gehe davon aus, dass 2010 für unsere Wirtschaft insgesamt das schwierigere Jahr als 2009 werden wird. Je nachdem wie sich die Absatzmärkte entwickeln, könnte sich die Lage bei einigen unserer Industrieunternehmen verbessern, aber der Finanzplatz wird eher mit schlechteren Zahlen als 2009 rechnen müssen. Zwar haben sich die Märkte wieder etwas erholt, aber weil viele Kunden dieser Erholung noch nicht trauen, können unsere Finanzintermediäre davon noch wenig profitieren. 2009 konnten die Banken ausserdem von einem sehr günstigen Zinsumfeld profitieren, das 2010 nicht mehr gegeben sein wird. Vor allem werden wir aber die negativen Auswirkungen des Transformationsprozesses des Finanzplatzes 2010 stärker zu spüren bekommen.

Egal, wie sich die Wirtschaft 2010 entwickeln wird, Liechtenstein muss den Gürtel künftig bedeutend enger schnallen. Wo sehen Sie am meisten Sparpotenzial, welche Abstriche muss der einzelne Bürger machen?

Der Staat wird nur dann mit Erfolg umfangreich bei seinen Ausgaben sparen können, wenn er alle Staatsausgaben auf Einsparungen hin prüft. Nur so wird eine breite Verteilung der Sparlasten auf alle und damit auch eine breite Akzeptanz der Sparmassnahmen erreicht werden können, weil niemand das Gefühl hat, dass es nur den anderen trifft. Nur so werden aber auch wirklich grosse Einsparungen realisiert werden können.

Für grosse Einsparungen brauchen wir auch grosse Gesetzesreformen. Es wird wichtig sein, dass die Parteien und die Bevölkerung Bereitschaft zeigen, solche Reformen mitzutragen, auch wenn Einsparungen naturgemäss immer unpopulär sind.

Welche Abstriche der einzelne Bürger machen muss, kann Ihnen momentan niemand sagen. Wenn wir aber in den nächsten 4 Jahren 160 Mio. sparen wollen und müssen, wird dies nicht ohne spürbare Abstriche bei den einzelnen Bürgern möglich sein.

Die Regierung will bei staatlichen Beitragsleistungen an die AHV, die Krankenkassen und eventuell weitere soziale Einrichtungen 80 Millionen Franken einsparen. Sehen Sie dadurch den sozialen Frieden gefährdet oder wurden die Menschen in Liechtenstein in der Vergangenheit vom Staat ohnehin zu sehr verwöhnt?

Die Menschen in Liechtenstein waren in der Vergangenheit zweifellos sehr verwöhnt. Allein ein Vergleich mit der Schweiz, der man nun wirklich nicht vorwerfen kann, dass sie ihre Bürger vernachlässigt, zeigt, dass wir ein besonders grosszügiges Versorgungssystem haben. Die Schweiz kennt beispielsweise keine pauschalen Beiträge des Staates an die Krankenkassen. Bei uns beträgt dieser Beitrag im Jahre 2009 allein 57 Mio. Dies erklärt auch, warum unsere Krankenversicherungsprämien so viel niedriger sind als in der Schweiz. Die Schweiz kennt auch keinen 13. Monatslohn der AHV und die Bedingungen für eine Frührente dürften bei uns viel grosszügiger sein als in der Schweiz.

Bereits ein solcher grober Vergleich zeigt, dass wir bei den Beitragsleistungen viel einsparen könnten, wenn wir uns nur schon auf das Niveau der Schweiz begeben würden. Grosse Einsparungen bei den sozialen Einrichtungen sind jedenfalls unpopulär, aber eigentlich sollte eine soziale Versorgung auf Schweizer Niveau den sozialen Frieden nicht gefährden.

Wir sollten unsere Sozialsysteme in Richtung mehr Treffsicherheit verbessern

Wie kann Liechtenstein das soziale Netz nachhaltig finanzierbar gestalten?

Wir sollten nicht einfach nur die Sozialleistungen reduzieren, sondern die Gelegenheit wahrnehmen, unsere Sozialsysteme in Richtung mehr Treffsicherheit zu verbessern. Dies würde uns nämlich erlauben, die nötigen Einsparungen zu erreichen, ohne dass jene, die die sozialen Leistungen am meisten brauchen, zu sehr unter den Einsparungen leiden müssen. So sollten wir z. B. das Krankenversicherungsgesetz grundsätzlich reformieren. Der vorher erwähnte Beitrag des Landes an die Krankenkassen wirkt wie eine Giesskannensubvention an alle, auch an jene, die sie gar nicht wirklich benötigen. Sinnvoll wäre stattdessen, nur jenen Prämienreduktionen zu gewähren, die diese tatsächlich brauchen. Durch eine solche Reform sollten wir auch mehr auf Eigenverantwortung setzen und Fehlanreize, die zu unnötigen Gesundheitskosten führen, beseitigen. Gelingen uns mehrere Reformen in diesem Sinne, dann können wir das soziale Netz auch nachhaltig finanzieren und müssen es dazu vielleicht nicht einmal auf das hohe Schweizer Niveau senken.

Sparen allein wird für ein ausgeglichenes Budget kaum reichen. Liechtenstein braucht für die Zukunft neue Geschäftsmodelle, neue Einnahmequellen. Wo sehen Sie diese?

Neue Geschäftsmodelle kann nicht der Staat entwickeln, sondern dies müssen die Unternehmen tun. Der Staat muss für attraktive Rahmenbedingungen und ein gutes Bildungssystem sorgen, dann ergeben sich auch die nötigen Einnahmequellen.

Für wie wichtig erachten Sie die für 2011 geplante Steuerreform? Hat Liechtenstein, was die Steuerattraktivität im Vergleich zu den Nachbarstaaten betrifft, tatsächlich Nachholbedarf?

Die Steuerreform halte ich für sehr wichtig, um die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Wenn ich mir die Entwicklung in einigen Schweizer Kantonen in den letzten Jahren anschaue, haben wir tatsächlich Nachholbedarf.

Liechtenstein ist ein Hochindustrie-Land und benötigt daher qualifizierte Arbeitskräfte – die zumeist aus dem Ausland kommen. Braucht der Wirtschaftsstandort Liechtenstein eine Öffnung der Zuwande-

rungspolitik oder ist der Ausländeranteil bereits zu hoch?

Eine Lockerung der Personenfreizügigkeit gehört sicherlich auch diskutiert. Allerdings müssen Reformen in diesem Bereich wirkliche Verbesserungen für die Wirtschaft bringen und im Rahmen des EWR wie auch in der Bevölkerung umsetzbar sein.

Befindet sich die Berufsbildung in Liechtenstein auf dem richtigen Weg, um genügend Fachpersonal für die heimische Wirtschaft auszubilden?

Die Berufsbildung in Liechtenstein ist im internationalen Vergleich sehr gut. Mit dem Lehrbetriebsverbundsystem wurde dieses Jahr wieder eine Verbesserung im Bereich der Berufsbildung vorgestellt. Mit einer Reform der Sekundarschule und der Einführung von Bildungskonten könnten weitere Fortschritte erzielt werden.

Es gibt vieles, was wir im Bereich der Organisation und Regulierung noch verbessern können

In Ihrer Thronrede anlässlich der Eröffnung des Landtags am 18. März sagten Sie, wir sollten den Ehrgeiz haben, Liechtenstein zum bestorganisierten und bestregulierten Staat zu machen. Sind wir auf dem richtigen Weg?

Es gibt vieles, was wir im Bereich der Organisation und Regulierung noch verbessern können. Mit der Verwaltungsreform und der Steuerreform werden wir grössere Schritte in die richtige Richtung tun. Weitere wichtige Schritte sind meiner Ansicht nach im Bereich der Bildung und der Sozialsysteme nötig.

In besagter Thronrede forderten Sie die Abgeordneten auch auf, die Themen Landtagsreform oder Staatskirchenrecht prioritär zu behandeln. Nun hat man allerdings den Eindruck, dass diese Themen «schubladisiert» wurden.

Die Landtagsreform hatte ich im Unterschied zur Verwaltungsreform zwar nicht explizit angesprochen, aber meines Wissens wird schon daran gearbeitet. Die Reform des Staatskirchenrechtes ist ins Stocken gekommen. Ich habe den Eindruck, dass der jetzige Reformvorschlag keinen ausreichenden Rückhalt bei den Parteien, den Gemeinden, aber auch bei der katholischen Kirche geniesst. Wahrscheinlich wird man eher eine Lösung finden, wenn man die Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen auf das Nötigste beschränkt und gleichzeitig mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften die verbleibenden Fragen vertraglich regelt. Ansonsten wird es sehr schwierig, die verschiedenen Vorstellungen, vor allem auch der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, unter einen Hut zu bekommen.

Mit welchen grossen Aufgaben wird sich die Regierung 2010 noch beschäftigen müssen?

Grosse Aufgaben werden die Steuerreform, die Verhandlung weiterer Steuerabkommen, der Neustart der Schulreform, die Verwaltungsreform und die Reduktion der Staatsausgaben sein, die teilweise auch umfangreiche Gesetzesreformen benötigen wird.

Wird sich die Regierung in naher Zukunft auch mit einem Beitritt zur EU beschäftigen müssen? Prinz Nikolaus hat bekanntlich schon mehrfach gefordert, die Beziehungen zur EU eingehend zu prüfen.

Die Regierung hat bereits schon in den letzten Jahren immer wieder überprüft, wie sich Liechtenstein am besten in Europa integrieren sollte. Auch in Zukunft werden wir uns diese Frage regelmässig stellen müssen. Bis jetzt kam man aber jeweils zum Schluss, dass der EWR für uns weiterhin die beste Form der Integration in Europa ist. Ich glaube, das wird sich auch nicht so bald ändern.

Nicht «schubladisiert», aber vom Volk an der Urne abgelehnt wurde die Sekundarschulreform SPES 1. Wie beurteilen Sie die Situation heute, wo sehen Sie am meisten Handlungsbedarf?

Die Regierung sollte möglichst bald eine von Schulamt, SPES-Befürwortern wie auch SPES-Gegnern unabhängige Projektleitung einsetzen, die einen Vorschlag für die Reform des Schulsystems erarbeitet. Die Projektleitung sollte der Regierung regelmässig Bericht erstatten und es sollte klar festgelegt werden, wie die verschiedenen Interessensvertreter in die Ausarbeitung des Reformvorschlages einbezogen werden. Die Reform des Schulsystems wird meiner Ansicht nach in Phasen erfolgen müssen. Einfache Reformen, die wenig Vorbereitung brauchen und über die bereits ein breiter Konsens besteht, sollten möglichst bald erfolgen. Die schwierigeren Reformschritte, insbesondere auch jene, die einen grösseren Arbeitsaufwand bei den Schulen benötigen, sollten zu einer späteren Phase erfolgen. Zu lange sollten wir aber auch damit nicht warten, denn die Reformen sind dringend nötig.

Nach dem Nein zu SPES 1 haben sich VU und FBP auf ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Bildungsreform geeinigt. Überhaupt strahlt die neue Regierung das Gefühl grosser Einigkeit aus. Wie sind Sie bislang mit der Arbeit der Koalitionsregierung zufrieden?

Insgesamt bin ich mit der Arbeit der Regierung zufrieden. Wenn man bedenkt, wie gross die Herausforderungen waren und immer noch sind, wie beschränkt die Kapazitäten der Verwaltung sind und wie wenig Zeit vorhanden war, sich in die neuen Ressorts einzuarbeiten, wurde allgemein eine sehr gute Arbeit geleistet.

Liechtenstein hat ein gutes Staatsmodell, das die Basis für ein «Modell der Zukunft» sein kann

Ihr Vater Fürst Hans-Adam II. hat im Oktober ein neues Buch veröffentlicht. Er lobt darin das in Liechtenstein umgesetzte Staatsmodell als Modell der Zukunft. Teilen Sie diese Meinung uneingeschränkt?

Liechtenstein hat ein gutes Staatsmodell, das die Basis für ein «Modell der Zukunft» sein kann. Wie ich Ihnen aber schon vorher dargelegt habe, wüsste ich schon noch etliche Reformen, die unseren Staat noch weiter verbessern würden.

Was sagt Ihnen die im Buch oft zitierte Redewendung «Small is beautiful»?

Mit dieser Redewendung assoziiere ich bezogen auf den staatlichen Bereich, dass kleine und überschaubare Strukturen attraktiv sind und kleine Staaten auch viele Vorteile haben, wie Flexibilität und Schnelligkeit.

Haben Sie selbst auch vor, ein Buch zu schreiben?

Bis jetzt habe ich keine Pläne, ein Buch zu schreiben.

Was wünschen Sie sich für die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner für das kommende Jahr?

Für die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wünsche ich mir, dass sie im kommenden Jahr die Weitsicht und Bereitschaft haben, teilweise unpopuläre, aber für die Zukunft des Staates entscheidende Reformen mitzutragen.

Erbprinz Alois zur nötigen Reform der Sozialsysteme: «Wir sollten nicht einfach nur die Sozialleistungen reduzieren, sondern die Gelegenheit wahrnehmen, unsere Sozialsysteme in Richtung mehr Treffsicherheit zu verbessern.»